



**2021/2038(INI)**

17.6.2021

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für internationalen Handel

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zu der Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und den USA  
(2021/2038(INI))

Verfasser der Stellungnahme (\*): Bernd Lange

(\*): Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass die Europäische Union und die Vereinigten Staaten die am stärksten verflochtenen Wirtschaftsbeziehungen der Welt unterhalten, wobei es sich gleichzeitig um die umfassendsten und engsten bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen handelt, und dass der Handel mit Waren und Dienstleistungen einen Wert von mehr als 1 Billion EUR pro Jahr hat; weist darauf hin, dass auf die Volkswirtschaften der EU und der USA zusammen mehr als 40 % des weltweiten BIP und fast ein Drittel der weltweiten Handelsströme entfallen;
2. betont, wie wichtig es ist, unsere transatlantischen Handelsbeziehungen als historische Verbündete und Handelspartner neu zu beleben, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der derzeitigen COVID-19-Krise, um den Multilateralismus und ein offenes, regelbasiertes Handelssystem zu fördern und gemeinsame Lösungen für drängende globale Herausforderungen, einschließlich der globalen Gesundheitskrise, zu finden;
3. nimmt die Angaben, die die US-amerikanischen Amtskollegen bereits gemacht haben, und die Erklärungen, die die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai bei der Anhörung zur Handelsagenda 2021 der Regierung Biden abgegeben hat, zur Kenntnis;
4. bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Unterstützung für die neue Handelsstrategie der EU, die – auch im Rahmen der transatlantischen Agenda der Union – auf Synergien zwischen innen- und außenpolitischen Zielen im Einklang mit den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung abzielt;
5. hält die Handelspolitik für ein strategisches geopolitisches Instrument für die transatlantische Agenda; betont, dass die USA ein wichtiger Handelspartner sind, und begrüßt daher die positiven Signale der Regierung Biden bezüglich ihrer Pläne, die bilateralen Beziehungen zur EU zu stärken, und fordert eine erneuerte Zusammenarbeit, die in den kommenden Jahren zu dauerhaften und konkreten Ergebnissen führen sollte, wobei zu berücksichtigen ist, dass unsere Wirtschaftsbeziehungen auch von Sicherheitsinteressen im Kontext der offenen strategischen Autonomie beeinflusst werden;
6. betont, dass auf gemeinsamen Interessen und Werten sowie auf gemeinsamen Risiken und Bedrohungen basierende gemeinsame Maßnahmen ermittelt werden müssen, um zu einer nachhaltigen und inklusiven wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Pandemie weltweit beizutragen;
7. betont, dass das Welthandelssystem reformiert werden muss, damit weltweit für gleiche Wettbewerbsbedingungen gesorgt wird, und dass eine Zusammenarbeit im Hinblick auf die Entwicklung neuer Regeln erforderlich ist, insbesondere in Bezug auf unlautere Handelspraktiken, da der unlautere Wettbewerb unsere Unternehmen und Arbeitnehmer stark beeinträchtigt;

8. befürwortet den Ansatz einer Partnerschaft in Führung mit den USA, einschließlich einer koordinierten Haltung gegenüber Russland und China, die auf die Verfolgung gemeinsamer Interessen bezüglich des ökologischen und digitalen Wandels unserer Volkswirtschaften ausgerichtet ist, sowie gemeinsame Initiativen in Bezug auf die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter; betont, dass „Arbeitnehmer und Löhne“ sowie widerstandsfähigere, nachhaltigere und verantwortungsvollere Lieferketten Teil dieser Agenda sind; fordert in diesem Zusammenhang beide Seiten auf, ihre Ansätze in Bezug auf Zwangsarbeit und ausbeuterische Arbeitsbedingungen zu koordinieren und bei der Verbesserung der Achtung der Arbeitnehmerrechte und der Umweltstandards in Handelsabkommen sowie auf multilateraler Ebene zusammenzuarbeiten, unter anderem, indem auf den Erfahrungen der jeweils anderen Seite aufgebaut wird, um diese Bestimmungen effizienter durchzusetzen;
9. hebt hervor, dass aufgezeigt werden muss, dass bessere Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA den Bürgern, insbesondere denen, die von der Globalisierung zurückgelassen wurden, und den Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks zugutekommen werden; fordert die EU und die USA in diesem Zusammenhang auf, zusammenzuarbeiten und ihre Strategien aufeinander abzustimmen, um Investitionssynergien zu schaffen, insbesondere, um einen nachhaltigen und inklusiven digitalen und ökologischen Wandel ihrer Volkswirtschaften zu erreichen;
10. stellt fest, dass gemeinsame Herausforderungen für die EU und die USA zunehmend nichtmilitärischer Natur sind und in den Rahmen unserer Wirtschaftspartnerschaft fallen; fordert daher einen kontinuierlichen und verstärkten transatlantischen parlamentarischen Dialog über Handel zwischen dem Europäischen Parlament und dem Kongress der Vereinigten Staaten durch die Interaktion zwischen dem Ausschuss für internationalen Handel des Europäischen Parlaments auf EU-Seite und dem „Way & Means“-Ausschuss, dessen Unterausschuss für Handel und dem Finanzausschuss des Senats auf Seiten der USA sowie im Rahmen des Transatlantischen Dialogs der Gesetzgeber; fordert insbesondere die Einrichtung eines Unterausschusses für Handel und Technologie im Rahmen des Transatlantischen Dialogs der Gesetzgeber, um den exekutiven Teil des Handels- und Technologierats zu ergänzen und eine demokratische Kontrolle darüber auszuüben;
11. begrüßt nachdrücklich die Unterstützung der USA für die neue Generaldirektorin der WTO, Ngozi Okonjo-Iweala, und die Rückkehr der USA zum Übereinkommen von Paris; begrüßt die viermonatige vorübergehende Aussetzung der Airbus-Boeing-Zölle, die unverhältnismäßige negative Auswirkungen auf die Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse der EU hatten, als einen positiven Schritt hin zu einer dauerhaften Lösung für Subventionen für zivile Luftfahrzeuge; stellt fest, dass die Aussetzung dieser Zölle im Juli 2021 ausläuft, und fordert nachdrücklich, dass eine Lösung gefunden wird, die zu einer dauerhaften Aufhebung dieser Zölle führt;
12. begrüßt die Bereitschaft der USA, Gespräche über die weltweiten Überkapazitäten im Stahl- und Aluminiumsektor aufzunehmen; nimmt den Beschluss der Kommission zur Kenntnis, die Erhöhung der Zölle auf US-Einfuhren als Gegenreaktion auf Maßnahmen vonseiten der USA auszusetzen;

13. begrüßt ferner den raschen Abschluss des WTO-Abkommens über Zollkontingente, bei dem es sich um das erste Abkommen mit den USA unter der neuen Regierung Biden handelte und das die Bereitschaft dieser neuen Regierung aufzeigt, sich im Rahmen der WTO um Vereinbarungen mit der EU zu bemühen;
14. erkennt gleichzeitig an, dass es nach wie vor einige divergierende Interessen gibt; fordert in diesem Zusammenhang beide Seiten nachdrücklich auf, bilaterale Streitigkeiten beizulegen; fordert die USA nachdrücklich auf, einseitige Handelsmaßnahmen und die Androhung zusätzlicher Maßnahmen im Bereich der Digitalsteuer zurückzuziehen, davon abzusehen, weitere solche Maßnahmen zu ergreifen, und sich stattdessen auf das zu konzentrieren, was uns zusammenbringt; misst dem Gipfeltreffen EU-USA im Juni 2021 große Bedeutung zu als Sprungbrett, um unsere Handelsbeziehungen weiter zu verbessern und Bereiche zu erörtern, in denen das Potenzial für eine engere Zusammenarbeit noch nicht ausgeschöpft ist;
15. fordert die USA nachdrücklich auf, trotz der laufenden Gespräche die Zölle auf Stahl und Aluminium gemäß Abschnitt 232 sofort aufzuheben, da europäische Unternehmen von den USA nicht als Bedrohung für die nationale Sicherheit angesehen werden können, und betont, dass die Bedenken in Bezug auf die Überkapazitäten an Stahl und Aluminium aus Drittländern gemeinsam angegangen werden müssen; bekräftigt unter anderem das Bestreben der EU, Zölle auf Industrieerzeugnisse zwischen der EU und den USA abzuschaffen;
16. bedauert zwar den Abschluss der Untersuchungen gemäß Abschnitt 301 zu Digitalsteuern, begrüßt aber die Aussetzung von Handelsvergeltungsmaßnahmen gegen Wirtschaftssektoren wie Schuhwaren in Mitgliedstaaten, die eine Digitalsteuer eingeführt haben, für sechs Monate, während die Verhandlungen im Rahmen der OECD andauern; ist besorgt über die vorläufige Liste mit Vergeltungszöllen der Handelsbeauftragten der Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Untersuchungen gemäß Abschnitt 301 zu den verschiedenen EU-Digitalsteuern, die sich auch auf besonders sensible Branchen des verarbeitenden Gewerbes wie die Schuh- und Lederindustrie erstrecken, die möglicherweise vom US-Markt ausgeschlossen werden könnten, wenn zusätzliche Zölle eingeführt werden; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Verhandlungen im Rahmen des OECD-Vorschlags zur Digitalsteuer zu beschleunigen und so rasch wie möglich abzuschließen und alle möglichen Wege zu nutzen, um weitere wirtschaftliche Schäden für Unternehmen in der EU, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, zu vermeiden, insbesondere im Zusammenhang mit den Strategien zur Erholung nach der COVID-19-Pandemie; ist der Ansicht, dass angesichts der ausschließlichen Zuständigkeit der EU im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik und der Androhung von Vergeltungsmaßnahmen durch die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit den Rechtsvorschriften im Bereich der Digitalsteuer ein gemeinsamer Ansatz der EU Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene vorzuziehen ist, insbesondere im Hinblick darauf, ein weiteres transatlantisches gegenseitiges Aufschaukeln der Zölle zu vermeiden;
17. erkennt an, dass nach wie vor unausgeschöpfte Möglichkeiten für einen erheblichen Bürokratieabbau und die Stärkung der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft bestehen; betont vor dem Hintergrund des anhaltenden technologischen Wettlaufs die

Bedeutung eines engen transatlantischen Regulierungsraums für unsere Unternehmen, insbesondere für neue Technologien im Zusammenhang mit Digitalem, Energie und Klima; erwartet, dass beide Seiten im Rahmen eines Dialogs den Bedenken der EU in Bezug auf den US-amerikanischen „Buy American Act“ und den „Jones Act“ Rechnung tragen, auch in Bezug auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und den Zugang zu Dienstleistungsmärkten;

18. spricht sich für einen gemeinsamen Ansatz zur Bewältigung der COVID-19-Krise aus, unter anderem durch Maßnahmen zur Erhöhung der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Impfstoffen; fordert die EU und die USA auf, zusammenzuarbeiten und bei den Bemühungen zur Bewältigung des Problems der Impfstoffknappheit eine Führungsrolle zu übernehmen, um sicherzustellen, dass Impfstoffe weltweit und so schnell wie möglich an möglichst viele Menschen ausgeliefert werden; weist darauf hin, dass die Welt mit einem weltweiten Mangel an Impfstoffen konfrontiert ist; fordert die EU und die USA daher auf, mit den Herstellern zusammenzuarbeiten, um die weltweite Produktionskapazität für Impfstoffe und ihre Bestandteile zu erhöhen, um für Impfstoffgerechtigkeit zu sorgen; fordert beide Seiten auf, von jeglichen Ausfuhrbeschränkungen abzusehen, das ordnungsgemäße Funktionieren der Lieferketten sicherzustellen, den erforderlichen Technologietransfer sicherzustellen und die Vorsorge für künftige weltweite Gesundheitskrisen zu verbessern; legt beiden Seiten nahe, die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen zu intensivieren, um den unentbehrlichen Zugang zu Arzneimitteln zu erleichtern;
19. fordert die Kommission und die Regierung Biden auf, die Initiativen der neuen Generaldirektorin der WTO, insbesondere im Bereich Gesundheit, aktiv zu unterstützen; verweist in diesem Zusammenhang auf den Standpunkt des Parlaments zu einer möglichen Aussetzung des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS), der in seiner EntschlieÙung vom 10. Juni 2021<sup>1</sup> zum Ausdruck gebracht wurde;
20. erkennt zwar an, wie wichtig es ist, die europäischen Rechte des geistigen Eigentums zu schützen, um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten, hält es jedoch für wichtig, alle einschlägigen Flexibilitätsmöglichkeiten im Rahmen des TRIPS-Übereinkommens zu prüfen, um die weltweite Produktionskapazität für Impfstoffe und Impfstoffkomponenten zu erhöhen; betont, dass die Suche nach Lösungen für die Rechte des geistigen Eigentums nur ein Teil der gemeinsamen globalen Reaktion sein kann;
21. betont, dass die WTO nach wie vor der Eckpfeiler eines regelbasierten, multilateralen Handelssystems ist; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit bei der WTO-Reform, unter anderem in Bezug auf die Reform ihrer drei Kernaufgaben, wozu eine dringende Reform und Wiedereinsetzung des Berufungsgremiums sowie die Stärkung der Überwachungs- und Beratungsfunktionen der WTO gehören, unter anderem durch die Förderung offener, plurilateraler Abkommen;

---

<sup>1</sup> EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 10. Juni 2021 zum Umgang mit der Herausforderung der weltweiten COVID-19-Pandemie: Folgen der Aussetzung des TRIPS-Übereinkommens der WTO für COVID-19-Impfstoffe, Behandlung, Ausrüstung und die Steigerung der Produktions- und Fertigungskapazitäten in Entwicklungsländern, angenommener Text, P9\_TA(2021)0283.

22. fordert beide Seiten nachdrücklich auf, unter anderem bei der Regulierung des Handels mit Gesundheitsprodukten, der Ausarbeitung von Regeln für den digitalen Handel und der Festlegung einer ehrgeizigen Klima- und Umweltagenda zusammenzuarbeiten, indem die Verhandlungen über das Abkommen über Umweltschutzgüter wiederaufgenommen werden, und gemeinsame Vorschläge auszuarbeiten, unter anderem in Bezug auf die Disziplinen für Subventionen und den schrittweisen Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe;
23. erwartet von beiden Seiten, dass sie sich auf konkrete Ziele für die 12. Ministerkonferenz der WTO (MC12) einigen, um die WTO auf den ökologischen und den digitalen Wandel vorzubereiten, darunter ein Fischereiabkommen, eine Erklärung zu Handel und Gesundheit, ein Arbeitsprogramm für die Reform des Streitbeilegungssystems, ein Arbeitsprogramm für Industriesubventionen und staatseigenen Unternehmen sowie wesentliche Fortschritte bei den Verhandlungen über den elektronischen Geschäftsverkehr;
24. fordert beide Seiten auf, gemeinsam an der Aktualisierung der WTO-Regeln für staatseigene Unternehmen, Industriesubventionen, Überkapazitäten und Technologietransfer zu arbeiten, um die Organisation effizient für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu rüsten; befürwortet in diesem Zusammenhang auch die Ausweitung der trilateralen Initiative mit Japan und fordert die EU und die USA auf, eine Koalition gleichgesinnter Länder in der WTO anzuführen, um neue Regeln zu vereinbaren, und gleichzeitig ein eigenständiges Instrument gegen unfaire ausländische Subventionen zu entwickeln; erwartet, dass beide Seiten multilaterale Übereinkünfte fördern und anstreben; fordert die USA auf, ihre Zusagen im Rahmen des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen zu bekräftigen;
25. nimmt das Ergebnis des ersten hochrangigen Treffens im Rahmen des Dialogs zwischen der EU und den USA über China zur Kenntnis, bei dem beide Seiten bekräftigten, dass ihre Handelsbeziehungen zu China vielschichtig sind und Elemente der Zusammenarbeit, des Wettbewerbs und der systemischen Rivalität umfassen; spricht sich wo immer möglich für einen gemeinsamen strategischen Ansatz gegenüber China sowie für eine Zusammenarbeit innerhalb multilateraler Rahmen bei gemeinsamen Herausforderungen wie dem Klimawandel, unlauteren Handelspraktiken, die zu Marktverzerrungen führen, und fehlenden gleichen Wettbewerbsbedingungen aus;
26. weist darauf hin, wie wichtig es ist, einen abgestimmten Standpunkt zu vertreten, um verzerrende Industriesubventionen – insbesondere in Bezug auf staatseigene Unternehmen und Überkapazitäten in kritischen Sektoren –, erzwungene Technologietransfers, den Diebstahl geistigen Eigentums, obligatorische Joint Ventures, Marktbarrieren und das Verbot von Zwangsarbeit anzugehen, indem eine Diskussion über das Phase-1-Abkommen der USA mit China und das umfassende Investitionsabkommen der EU aufgenommen wird;
27. stellt fest, dass solche Probleme nicht unilateral oder bilateral gelöst werden können und eine Koalition gleichgesinnter Partner auf internationaler Ebene im Rahmen der WTO erfordern;

28. betont, wie wichtig es ist, dass in der gemeinsamen Strategie EU-USA und innerhalb der WTO die Achtung der Menschenrechte, auch bei der Tätigkeit internationaler Unternehmen, einbezogen wird; weist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit verbindlicher Rechtsvorschriften zur Sorgfaltspflicht hin und fordert die USA auf, sich diesem Ansatz anzuschließen und ihn in der gesamten Lieferkette zu unterstützen;
29. ist der Ansicht, dass die EU und die USA die transatlantische Zusammenarbeit im Bereich der regelbasierten und nachhaltigen Konnektivität als Reaktion auf Chinas Initiative „Neue Seidenstraße“ stärken sollten, und hofft auf eine künftige Zusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf die Aufrechterhaltung hoher Qualitätsstandards;
30. fordert die Kommission auf, bei gleichzeitiger Förderung des Dialogs und des gemeinsamen Vorgehens die Interessen der EU und ihre offene strategische Autonomie entschlossen voranzubringen und auf ungerechtfertigte US-Zölle, die exterritoriale Anwendung von Sanktionen, die gegen das Völkerrecht verstößt, und Marktbarrieren zu reagieren; betont, dass die autonomen Handelsmaßnahmen der EU gestärkt werden müssen;
31. fordert insbesondere die USA auf, dafür zu sorgen, dass ihre Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge transparent, offen und berechenbar sind und auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung basieren;
32. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag für ein Instrument zur Abschreckung und Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen von Drittländern und für Rechtsvorschriften zur Unterstützung von europäischen Unternehmen, gegen die diese Sanktionen verhängt wurden und die im Einklang mit dem Völkerrecht handeln, auszuarbeiten;
33. legt beiden Seiten nahe, einen ehrgeizigen Dialog aufzunehmen und über die Neubelebung eines strategischen Dialogs auf hoher Ebene einen Rahmen für gemeinsame Maßnahmen zu finden und sich um selektive Handels- und Investitionsabkommen zu bemühen;
34. fordert eine stärkere regulatorische, ökologische, nachhaltige und digitale Partnerschaft durch den Handels- und Technologierat; fordert eine Einigung über die Konformitätsbewertung, die insbesondere KMU zugutekommen wird, einen koordinierten Ansatz für die Festlegung internationaler Standards für kritische und neu entstehende Technologien wie künstliche Intelligenz und eine Zusammenarbeit in Regulierungsfragen für große Technologieunternehmen sowie Digitalsteuern und globale Steuern; fordert die EU und die USA auf, Informationen über die Überprüfung ausländischer Investitionen in strategischen Sektoren, einschließlich in Bezug auf mögliche feindselige Übernahmen, auszutauschen und dabei zusammenzuarbeiten;
35. fordert beide Seiten auf, bewährte Regulierungspraktiken auszutauschen; fordert die EU und die USA nachdrücklich auf, ihre Verhandlungen über die Konformitätsbewertung fortzusetzen, um finanziell belastende nichttarifäre Hemmnisse zu beseitigen; betont, wie wichtig es für beide Seiten ist, sich abzustimmen und eine Koalition gleichgesinnter Partner zu leiten, um die Nutzung transatlantischer Standards durch internationale Normungsorganisationen zu fördern;



36. fordert beide Seiten auf, den Handel als Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Verwirklichung von Aufwärtskonvergenz zu nutzen; fordert in diesem Zusammenhang beide Seiten nachdrücklich auf, bei der Bepreisung von CO<sub>2</sub> zusammenzuarbeiten und sich insbesondere bei der Entwicklung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems sowie wirksamen Maßnahmen gegen den illegalen Waffenhandel abzustimmen und die Transparenz und Rechenschaftspflicht des Waffenhandels, einschließlich der Waffenausfuhren der USA und der EU-Mitgliedstaaten, zu verbessern;
37. fordert die USA und die EU auf, im Rahmen der OECD zusammen an einer globalen Körperschaftssteuer zu arbeiten, wobei es insbesondere die von den G7-Staaten erzielte Vereinbarung über eine weltweite Steuerreform begrüßt und das Übereinkommen über einen weltweiten Körperschaftsteuer-Mindestsatz von mindestens 15 % hervorhebt, und fordert beide Seiten auf, bei der Bekämpfung betrügerischer und schädlicher Handelspraktiken zusammenzuarbeiten;
38. betont, dass stärkere Handels- und Wirtschaftspartner stärkere Bündnisse schaffen; begrüßt die Bemühungen beider Seiten, ihre Lieferketten widerstandsfähiger zu machen, insbesondere in Bezug auf kritische Rohstoffe;
39. fordert angesichts der Öffnung neuer Schifffahrtsrouten und der möglichen Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen aufgrund des Klimawandels und unter Berücksichtigung des wachsenden wirtschaftlichen Interesses anderer Länder wie Chinas an der Arktis eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA in der Arktis; fordert die Kommission auf, diese Möglichkeiten und Herausforderungen auch in ihrer künftigen Arktis-Strategie anzusprechen;
40. fordert die Kommission nachdrücklich auf, bei ihrer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten als gängige Praxis Transparenz walten zu lassen, indem sie unter anderem alle an die Vereinigten Staaten übermittelten Vorschläge veröffentlicht und die Beteiligung des Parlaments und der Zivilgesellschaft an der Ausarbeitung dieser Vorschläge sicherstellt, um so das Vertrauen der Verbraucher und der Bürger zu stärken.

## ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	17.6.2021
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:                39 -:                2 0:                1
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Anna-Michelle Asimakopoulou, Tiziana Beghin, Geert Bourgeois, Saskia Bricmont, Jordi Cañas, Daniel Caspary, Miroslav Číž, Arnaud Danjean, Paolo De Castro, Emmanouil Fragkos, Raphaël Glucksmann, Markéta Gregorová, Roman Haider, Christophe Hansen, Heidi Hautala, Danuta Maria Hübner, Herve Juvin, Karin Karlsbro, Maximilian Krah, Danilo Oscar Lancini, Bernd Lange, Margarida Marques, Gabriel Mato, Sara Matthieu, Emmanuel Maurel, Carles Puigdemont i Casamajó, Samira Rafeela, Inma Rodríguez-Piñero, Massimiliano Salini, Helmut Scholz, Liesje Schreinemacher, Sven Simon, Dominik Tarczyński, Mihai Tudose, Kathleen Van Brempt, Marie-Pierre Vedrenne, Jörgen Warborn, Iuliu Winkler, Juan Ignacio Zoido Álvarez
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Svenja Hahn, Michiel Hoogeveen, Joachim Schuster

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

39	+
ECR	Geert Bourgeois, Emmanouil Fragkos, Michiel Hoogeveen, Dominik Tarczyński
ID	Roman Haider, Danilo Oscar Lancini
NI	Tiziana Beghin, Carles Puigdemont i Casamajó
PPE	Anna-Michelle Asimakopoulou, Daniel Caspary, Arnaud Danjean, Christophe Hansen, Danuta Maria Hübner, Gabriel Mato, Massimiliano Salini, Sven Simon, Jörgen Warborn, Iuliu Winkler, Juan Ignacio Zoido Álvarez
Renew	Jordi Cañas, Svenja Hahn, Karin Karlsbro, Samira Rafaela, Liesje Schreinemacher, Marie-Pierre Vedrenne
S&D	Miroslav Číž, Paolo De Castro, Raphaël Glucksmann, Bernd Lange, Margarida Marques, Inma Rodríguez-Piñero, Joachim Schuster, Mihai Tudose, Kathleen Van Brempt
The Left	Helmut Scholz
Verts/ALE	Saskia Bricmont, Markéta Gregorová, Heidi Hautala, Sara Matthieu

2	-
ID	Maximilian Krah
The Left	Emmanuel Maurel

1	0
ID	Herve Juvin

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung